

WIFO

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Zur ökonomischen Notwendigkeit
eines investiven Sozialstaates**

Ulrike Famira-Mühlberger

Wissenschaftliche Assistenz: Silvia Haas

Februar 2014

Zur ökonomischen Notwendigkeit eines investiven Sozialstaates

Ulrike Famira-Mühlberger

Februar 2014

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Begutachtung: Johanna Vogel • Wissenschaftliche Assistenz: Silvia Haas

Inhalt

Viele europäische Wohlfahrtsstaaten, darunter auch Österreich, entwickelten sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten in Richtung eines investiven Sozialstaates, d. h. nachfrageseitige Politikmaßnahmen werden zunehmend mit angebotsseitigen Instrumenten ergänzt. Soziale Investitionen umfassen Bereiche wie die aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, qualitative Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung, alle Bereiche der Bildung und Forschung sowie gesundheitliche Präventiv- und Rehabilitationsmaßnahmen. Auf Basis einer breiten Literaturanalyse wird gezeigt, wie zentral soziale Investitionen für die individuelle und gesamtgesellschaftliche Entwicklung sind. Die Forschung ist sich einig, dass der frühkindlichen Bildung besonderes Augenmerk zukommen muss, denn sie setzt die Basis für spätere Bildungsinvestitionen.

Rückfragen: Ulrike.Famira-Muehlberger@wifo.ac.at, Silvia.Haas@wifo.ac.at

2014/046-1/S/WIFO-Projektnummer: 4113

© 2014 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Download 32,00 €: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/47148>

Zur ökonomischen Notwendigkeit eines investiven Sozialstaats

Ulrike Famira-Mühlberger (WIFO)

1. Die ökonomischen Effekte von Sozialpolitik

Aus einer ökonomischen Perspektive sind eine Vielzahl von sozialpolitischen Maßnahmen einerseits Investitionen in die zukünftige Entwicklung einer Gesellschaft oder tragen andererseits zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Zu Ersterem zählen vor allem Maßnahmen der frühkindlichen Bildung („Kinderbetreuung“) und der weiteren Bildung (Schule, Universität, berufsbegleitende Bildung), bei Zweitem sind Leistungen der Pensions- und Arbeitslosenversicherung wesentlich. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass diese „automatischen Stabilisatoren“ dazu beigetragen haben, die privaten Konsumausgaben nicht abzuschwächen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Sozialpolitik wirkt nicht nur durch soziale Transfers, sondern auch durch das Steuer- und Abgabensystem, die staatliche Bereitstellung und Förderung sozialer Infrastruktur und durch gesetzliche Regelungen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Familien- und der Bildungspolitik.

Sozialpolitik beeinflusst die Wirtschaftsleistung eines Staates über unterschiedliche Wirkungsmechanismen. *Erstens* haben Maßnahmen im Bereich der Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik, die auf eine Erhöhung der Arbeitsmarktteilnahme abzielen und damit aktivierend wirken, direkte Effekte auf die Leistung einer Volkswirtschaft. Eine hohe Arbeitsmarktpartizipation der Bevölkerung stellt nicht nur die effektivste Möglichkeit zur Reduktion von Armut dar, sondern erhöht auch die gesellschaftlichen Teilhabechancen und trägt damit zur gesellschaftlichen Stabilität und zur nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates bei. *Zweitens* haben Maßnahmen im Bereich der Familien- und Pflegepolitik sowie der Bildungspolitik, die die öffentliche Infrastruktur ausweiten, auch einen direkten Arbeitsplatzschaffungseffekt. *Drittens* verbessern sozialpolitische Maßnahmen die Verteilungssituation in einer Volkswirtschaft, was positiv auf das Wirtschaftswachstum wirkt. *Viertens* geben Empfänger und Empfängerinnen von sozialpolitischen Transfers den Großteil ihres Einkommens für Konsumgüter aus, wodurch Transfers eine stabilisierende Wirkung haben. *Fünftens* sind Bildungsausgaben eine wesentliche Determinante für die Produktivität und damit für das Wirtschaftswachstum. *Sechstens* haben sozialpolitische Transfers für gesellschaftliche Randgruppen eine Verbesserung der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe dieser Personen sowie deren Familie zur Folge, was die soziale Vererbung reduzieren und die intergenerative Mobilität fördern kann (Bock-Schappelwein et al. 2009).

2. Die Entwicklung zum investiven Sozialstaat

Der Wohlfahrtsstaat unterliegt seit seiner umfassenden Etablierung in den 1950er Jahren einem konstanten Wandel und reflektiert beides, ökonomische und politische Gegebenheiten. Obwohl in Europa verschiedene Ausprägungen des Wohlfahrtsstaates vorzufinden sind (Crouch 2005, Hall und Soskice 2001, Castles 1993, Esping-Andersen 1990), die jeweils unterschiedlichen Entwicklungen unterliegen, können drei verschiedene Phasen in den EU15-Wohlfahrtsstaaten ausgemacht werden.

In der ersten Phase – von den 1950er bis zu den 1970er Jahren – wurden umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Leistungen erstmals etabliert und kontinuierlich erweitert und etabliert. Die zweite Phase – von den 1980er bis Mitte der 1990er Jahre – war charakterisiert von einem Rückzug des Staates in wesentlichen Wirtschaftsbereichen und von einem Umbau und teilweisen Rückzug des Wohlfahrtsstaates. Dennoch blieb die Sozialquote in den meisten Ländern aus unterschiedlichen Gründen (z. B. steigende Arbeitslosigkeit, demografische Entwicklung) stabil bzw. stieg in manchen Ländern sogar an (Castles 2005). Unter anderem durch diese Erfahrungen zeigt sich in vielen EU-Staaten seit Mitte/Ende der 1990er Jahre eine Orientierung hin zu einer Aktivierung und Mobilisierung der BürgerInnen um eine Arbeitsmarktteilnahme zu forcieren, sowie eine stärkere Fokussierung auf Bildungspolitik (Bonoli und Natali 2012, Hemerijck 2012, Allmendinger und Nikolai 2010, Taylor-Gooby 2008, Palier 2006).

So waren die europäischen Wohlfahrtsstaaten in den letzten eineinhalb Jahrzehnten von signifikanten qualitativen Veränderungen gekennzeichnet: Lohnzurückhaltung, geringere Unternehmensbesteuerung, geringere Arbeitsschutzbestimmungen, flexiblere Arbeitszeitgesetze, aktivierende Arbeitsmarktpolitik (mehr (Um-)Schulungen), Erhöhung des Pensionsantrittsalters, kürzere Arbeitslosenbezüge und Erweiterung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitssuchende, „Flexicurity“ (arbeitgeberfreundliche Kündigungsbestimmungen in Kombination mit absichernder Arbeitslosenunterstützung und aktiver Arbeitsmarktpolitik), aber auch eine Ausweitung von sozialen Dienstleistungen (Familienunterstützungen, Kindergärten, pflegebedürftige Menschen) und von Bildungs- und Forschungsausgaben sind Entwicklungen, die viele europäische Wohlfahrtsstaaten, darunter auch Österreich, kennzeichnen.

3. Die Charakterisierung des investiven Sozialstaates

Hinter einigen dieser Entwicklungen liegt die Erkenntnis, dass ein transferorientierter Wohlfahrtsstaat nicht ausreicht um den Veränderungen am Arbeitsmarkt hin zu hochqualifizierten Arbeitsplätzen und der demografisch bedingten Alterung der Gesellschaft entgegenzutreten. Zusätzlicher Druck kommt von den Finanzierungsproblemen mancher Sozialstaaten, die die finanziellen Spielräume einschränken. Aus- und Weiterbildung sowie Umschulungen rücken verstärkt ins Zentrum, aber auch Mobilisierung und Aktivierung von Personen, die nicht oder nur in geringem Maß am Arbeitsmarkt teilnehmen (Allmendinger und Nikolai 2010).

Der empirische Zusammenhang zwischen Bildungs- und Sozialpolitik hat die Bildungspolitik stärker mit der Sozialpolitik verzahnt: Bildungspolitik heute hat einen gravierenden Einfluss auf die Sozialpolitik von morgen. Gut ausgebildete Personen haben bessere Chancen am Arbeitsmarkt, sind weniger von Arbeitslosigkeit betroffen, sind in der Regel zufriedener mit ihrer Arbeit und gesünder und zahlen aufgrund von höheren Löhnen auch mehr Steuern und Sozialversicherungsabgaben in die öffentlichen Kassen (OECD 2012). Allerdings gibt es in Europa seit einigen Jahren kaum Fortschritte um die Schulabbrecherquote zu senken und die Akademikerquote zu steigern. 12,9% der jungen Europäer zwischen 15 und 24 Jahren sind weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung (2011). Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in fast allen Ländern erhöht und liegt 2012 bei 22,8% (EU27). Obwohl Österreich zu den Ländern mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit gehört, sind auch hier 8,7% der Menschen zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos (European Commission 2013a).

Bildungspolitik im weiteren Sinn – also neben schulischer und postschulischer Bildung auch frühkindliche Förderung und Umschulungen – ist zentraler Bestandteil des investiven Sozialstaats. Der *Sozialinvestitionsstaat* ist dadurch charakterisiert, nachfrageseitige Politikmaßnahmen mit angebotsseitigen Instrumenten – jenseits von Lohnzurückhaltungen und Anreizsystemen für Arbeitslose gering bezahlte Arbeit aufzunehmen – zu ergänzen. Dabei steht eine höhere Qualifizierung von jungen Menschen und Arbeitslosen im Zentrum, die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe verbessern (Hemerjick 2012: 27). Soziale Investitionen umfassen Bereiche wie die aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, qualitative Kinderbetreuung und frühkindliche Förderung, alle Bereiche der Bildung und Forschung sowie gesundheitliche Präventiv- und Rehabilitationsmaßnahmen.

Der Paradigmenwechsel hin zum investiven Sozialstaat wurzelt im ökonomischen Ansatz der endogenen Wachstumstheorie (Romer 1990 und später Aghion und Howitt 1997), die im Wesentlichen besagt, dass langfristiges Wirtschaftswachstum vor allem durch Humankapital bestimmt wird. In der politischen Theorie fundiert der investive Sozialstaat auf den Ideen eines „dritten Weges“ (Giddens 1998), der einen präventiven, investiven statt einen versorgenden Sozialstaat propagiert. Eine erste Umsetzung erfuhr dieser Weg unter der Britischen Labour Regierung ab Ende der 1990er Jahre, die vor allem in der Arbeitsmarktpolitik auf Aktivierung durch strengere Bestimmungen des Arbeitslosengeldbezugs und einer Kombination von Sozialleistungen und Arbeitsmarkteteiligung („workfare“ oder „welfare to work“) gesetzt hat. Auch neuere Wohlfahrtsstaatstheorien von Esping-Andersen (1999, sowie Esping-Andersen *et al.* 2002), die sich mit einem Nachfolgemodel des „männlichen Ernährermodells“ aus einer Lebenszyklusperspektive auseinandersetzen und den investiven Sozialstaat als Ergänzung zum klassischen Sozialstaat sehen, dienen als Basis für neuere sozialpolitische Ansätze (siehe auch European Commission 2012).

Es gibt keine einheitliche Definition von sozialen Investitionen. Hemerjick (2012) fasst als soziale Investitionen die öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik, Kinderbetreuung, Bildung, Forschung und Rehabilitation kranker Menschen zusammen und illustriert die Veränderung von sozialen Investitionen gemessen am BIP zwischen 1997 und 2007 in Europa. Dabei zeigt sich in vielen, aber nicht allen der untersuchten EU-Staaten eine Erhöhung von sozialen Investitionen in diesem Zeitraum. Österreich gehört neben Belgien, Großbritannien, Polen, Irland und Finnland zu den Staaten mit den größten Zuwächsen. Schweden (auf sehr

hohem Niveau), Griechenland und Ungarn haben in diesen zehn Jahren ihre sozialen Investitionen allerdings reduziert. Dänemark, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Spanien, Italien, Portugal und die Tschechische Republik haben hingegen ihre Sozialinvestitionen relativ zum BIP mehr oder weniger konstant gehalten.

In Österreich zeigt sich für die Bereiche Bildung (inkl. (Teil-)Ausgaben für Kindergärten), Forschung und aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik in den Jahren 2000 bis 2012 eine Ausgabensteigerung in den Bereichen Forschung und aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, aber einen relativ konstanten Verlauf der Bildungsausgaben.

Übersicht 1: Öffentliche Ausgaben für ausgewählte sozialpolitische Bereiche in Österreich (in % des BIP)

	2000	2005	2010	2012
Bildung	5,6	5,2	5,7	5,6
Forschung	0,6	0,9	1,2	1,2
Aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik	0,4	0,7	0,8	0,7
<i>Summe</i>	6,6	6,8	7,7	7,5

Quelle: Statistik Austria (COFOG), BMASK, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 2: Öffentliche Ausgaben für sozialen Schutz in Österreich (in % des BIP)

	2000	2005	2010
Krankheit/Gesundheitsversorgung	7,0	6,9	7,4
Invalidität/Gebrechen	2,7	2,3	2,2
Alter	10,9	11,3	12,7
Hinterbliebene	2,3	2,0	2,0
Familie/Kinder	2,9	2,8	3,1
Arbeitslosigkeit	1,3	1,6	1,7
Wohnung	0,1	0,1	0,1
Soziale Ausgrenzung	0,2	0,3	0,3
<i>Ausgaben insgesamt (Sozialquote)</i>	28,3	28,2	30,4

Quelle: Eurostat (ESSOSS).

Die öffentlichen Ausgaben für sozialen Schutz in Österreich haben sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise natürlich erhöht – diese Krise hat allerdings die Funktion der öffentlichen Ausgaben für sozialen Schutz als automatische Stabilisatoren eindeutig gezeigt. Wie sich in der folgenden Auflistung zeigt, sind bei den öffentlichen Ausgaben für sozialen Schutz auch Bereiche inkludiert, die zum Teil auch als soziale Investitionen gesehen werden können. Eine

genaue Abgrenzung zwischen diesen beiden Bereichen ist dementsprechend nicht möglich. Wie bereits erwähnt, haben soziale Investitionen heute einen starken Einfluss auf die Ausgaben für sozialen Schutz von morgen. Soziale Investitionen können die öffentlichen Ausgaben für sozialen Schutz nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Soziale Absicherung ist eine notwendige Bedingung für effektive soziale Investitionen (Solga 2012).

4. Die ökonomische Logik des investiven Sozialstaates

Bildung hat weitreichende Auswirkungen auf Erwerbsverläufe, soziale Integration und Mobilität, Einkommen und finanzielle Absicherung. Ebenso steht Bildung in einem Zusammenhang mit Gesundheit, der Lebenserwartung, der sozialen Teilhabe, geringer Kriminalität, dem Bildungsstand der Nachkommen und ist ein wesentlicher Indikator für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eines Landes (Heckman und Raut 2013, OECD 2012, Oreopoulos und Salvanes 2011, Vandenbussche *et al.* 2006, de la Fuente 2003).

In allen OECD-Ländern zeigt sich, dass die Beschäftigungschancen mit dem Bildungsabschluss steigen: *„Im Durchschnitt übersteigen die Beschäftigungsquoten von Absolventen des Sekundarbereichs II die derjenigen ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II um 18 Prozentpunkte, der Vorteil der Absolventen des Tertiärbereichs beträgt 28 Prozentpunkte.“* (OECD 2012: 144). Außerdem gilt, dass je höher der Bildungsabschluss, desto geringer die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden (Riddell und Song 2011). Im OECD-Durchschnitt haben Männer ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II eine fast doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden als Männer mit einem Abschluss im Sekundarbereich II und eine drei Mal so hohe Wahrscheinlichkeit als Männer mit einem Abschluss im Tertiärbereich (mit starken Variationen je nach Altersgruppen) (OECD 2012: 144).

Die individuellen Bildungsrenten sind – im Gegensatz zu einer Kapitalveranlagung am Finanzmarkt – sehr hoch, aber je nach Bildungsgrad sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt der OECD-Länder verdient jemand mit einem tertiären Bildungsabschluss 55 Prozent mehr als jemand mit einem Bildungsabschluss der Sekundarstufe II, wobei die Differenz mit zunehmendem Alter immer größer wird. Zwischen Personen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II und Personen, die dieses Bildungsniveau nicht erreichen, liegen 23 Prozent (OECD 2012: 167). Der Ertragswert (Verzinsung) einer privaten Investition in einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II beträgt im OECD-Durchschnitt 13,0% und in Österreich 12,4% (Männer, Frauen: 13,0 OECD, 9,3% Österreich) (OECD 2012: 208f).²

Neben den individuellen Bildungserträgen ergeben sich auch gesellschaftliche Bildungserträge. Bildungsinvestitionen führen zu einer höheren Produktivität und höheren Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen. OECD-Berechnungen zu der Verzinsung von öffentlichen Bildungsausgaben zeigen, dass im OECD-Durchschnitt der Ertragswert einer

¹ AHS, BHS, BMS, Lehre/Berufsschule

² Der Ertragswert einer privaten Investition in einen tertiären Bildungsabschluss beträgt für Männer 12,4% (OECD-Durchschnitt) bzw. 10,6% (Österreich) und für Frauen 11,4% (OECD) und 8,6% (Österreich).

staatlichen Bildungsinvestition in Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe II 7,8% ist, in Österreich sogar 9,4% (Männer, Frauen: 6,6% OECD, 7,2% Österreich).³ Berechnungen von de la Fuente (2003) zufolge lässt ein zusätzliches Ausbildungsjahr die Produktivität in der EU kurzfristig um etwa 6,2% und langfristig wegen seines Beitrages zur Beschleunigung des technologischen Fortschritts um weitere 3,1% ansteigen. Vandenbussche *et al.* (2006) zeigen außerdem, dass die Hochschulbildung einen stärkeren Wachstumseffekt aufweist als mittlere Ausbildungszweige und mit steigenden Pro-Kopf-Einkommen Bildung noch wichtiger für das Wirtschaftswachstum eines Landes wird. Die OECD berechnet, dass die Hälfte des BIP-Wachstums in den OECD-Ländern im letzten Jahrzehnt durch Zuwächse bei den Arbeitseinkommen der HochschulabsolventInnen entstanden ist (OECD 2012: 217).⁴

Lernfähigkeiten werden vorwiegend im frühkindlichen Alter geprägt, weshalb bildungspolitische Maßnahmen im frühkindlichen Alter am effektivsten sind. Frühkindliche Bildung fördert nicht nur die soziale und kognitive Entwicklung, sondern auch die nachfolgende Bildungs- und Arbeitsmarktintegration der Kinder (Almond und Currie 2011). Nach Heckman *et al.* (im Erscheinen, 2010) sind Bildungsmaßnahmen im frühkindlichen Alter wesentlich rentabler als spätere Bildungsinvestitionen (siehe auch Heckman und Raut 2013 und Cunha und Heckman 2008). Heckman and Raut (2013) zeigen anhand von US-Daten, dass steuerfinanzierte und für Kinder kostenfreie frühkindliche Förderprogramme von hoher Qualität im speziellen für Kinder aus Familien mit einem geringen sozioökonomischen Status positive Nettogewinne für die Gesellschaft mit sich bringt. Diese Nettogewinne zeigen sich vor allem durch die höheren späteren Löhne, höhere intergenerative Einkommensmobilität und die Mobilität hin zu einer besseren Ausbildung. Deutsche Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass ein Krippenbesuch – also die Teilnahme an formaler frühkindlicher Förderung – sich positiv auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, dass Kinder in der Folge ein Gymnasium besuchen (Seyda 2009, Fritschi und Oesch 2008, Büchner und Spieß 2007, Landvoigt *et al.* 2007). Felfe und Lalive (2011) sowie Schlotter (2011) weisen einen positiven Effekt des Besuchs einer Kinderkrippe auf kognitive und nicht-kognitive Fähigkeiten. Besonders stark sind diese positiven Effekte für Kinder aus sozial schwachen Familien und Migrationsfamilien (Felfe und Lalive 2010, Becker 2010). Ähnlich positive Effekte formaler frühkindlicher Förderung finden Bauchmüller *et al.* (2011) für Dänemark, Bauer und Riphon (2009) für die Schweiz, Brill *et al.* (2011) für Italien, Dumas und Lefranc (2012) für Frankreich, Havnes und Mogstad (2011) für Norwegen und OECD (2012) für die OECD-Länder (siehe Müller *et al.* (2013) für eine aktuelle und Bock-Schappelwein *et al.* (2009) für eine ältere Literaturdiskussion).

Conti und Heckman (2012: 41) fassen die wissenschaftliche Evidenz zusammen und folgern, dass eine starkes Fundament in der frühkindlichen Bildung spätere Investitionen „gewinnbringender“ machen: *„From a purely economic standpoint, the highest return to a unit dollar invested is at the beginning of the lifecycle since it builds the base that makes later returns possible.“* Dementsprechend ist die ökonomische Rendite von frühkindlichen

³ Der Ertragswert einer staatlichen Investition in einen tertiären Bildungsabschluss beträgt für Männer 10,8% (OECD-Durchschnitt) bzw. 8,8% (Österreich) und für Frauen 8,8% (OECD) und 7,2% (Österreich).

⁴ Aus dem Blickwinkel der BIP-Verteilungsrechnung, welche das volkswirtschaftliche Einkommen als Summe von ArbeitnehmerInnenentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen ausweist.

Förderprogrammen am höchsten und fällt mit den Bildungsinvestitionen im fortschreitenden Lebenszyklus (also Schule und post-schulische Ausbildung). Das bedeutet nicht, dass spätere Bildungsinvestitionen keine Renditen mehr abwerfen (siehe oben), sondern dass die Investitionserträge der frühkindlichen Bildungsinvestitionen noch höher sind.

Es zeigt sich, dass diejenigen mit einer qualitativen frühkindlichen Förderung wesentlich bessere kognitive und nichtkognitive Fähigkeiten entwickeln und in weiterer Folge höhere Renditen über den Lebenszyklus haben als Kinder, die keinen Zugang zu dieser Förderung hatten (Heckman *et al.*, im Erscheinen). Besonders stark sind diese positiven Effekte frühkindlicher Förderung für Kinder von einkommensschwachen Familien und Kinder von Migrationsfamilien, da diese Familien meist eine geringere Kapazität aufweisen, die Lernfähigkeiten ihrer Kinder zu fördern, sodass eine steuerfinanzierte frühkindliche Förderung die soziale Vererbung in einer Gesellschaft reduziert und die intergenerative Mobilität fördert (Heckman und Raut 2013). Eine gute pädagogische Qualität ist eine wesentliche Voraussetzung für das Erzielen dieser positiven Effekte.⁵ Diese Ergebnisse unterstreichen die gesellschaftliche Notwendigkeit von einem steuerfinanzierten, hochqualitativen Ausbau von frühkindlichen Bildungsinstitutionen wie Kinderkrippen und Kindergärten. Außerdem ist für die Entwicklung von Kindern, die Zeit, die sie mit ihren Eltern verbringen, grundlegend, sodass ein weiterer Erfolgsfaktor in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern liegt (OECD 2007).

Ein Ausbau frühkindlicher Bildungsinstitutionen von hoher Qualität hat neben den oben beschriebenen positiven Wirkungen für Kinder, Familien und Gesellschaft auch den Effekt, dass sich Eltern – in der Regel allerdings Frauen – intensiver am Arbeitsmarkt beteiligen können. Befragungsdaten aus Österreich und anderen EU-Ländern zeigen, dass Betreuungspflichten (gegenüber Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen) der mit Abstand wichtigste Grund für Frauen im Haupterwerbsalter (25-49 Jahre) ist, nicht am Arbeitsmarkt teilzunehmen bzw. Teilzeit zu arbeiten (Budimir *et al.* 2010). Während die Frauenbeschäftigungsquote von 70,3% (2012) hoch erscheint, zeigt die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten von 55,6% (2012), dass es in Österreich noch ein erhebliches Aktivierungspotential gibt (Europäische Kommission 2013g: 4).

Eine Erhöhung der Frauenbeschäftigung hat nicht nur positive Auswirkungen auf Familien (Steigerung der Haushaltseinkommen, Verringerung der Armutsgefährdung, Ausgleich der innerfamiliären Machtverhältnisse aufgrund einer stärkeren Ressourcenausstattung der Frau, Reduktion häuslicher Gewalt), sondern auch auf Makroebene, da eine verstärkte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt zur nachhaltigen Sicherung eines qualifizierten Arbeitskräftepotenzials beiträgt und zudem eine notwendige Bedingung für die zukünftige Finanzierung des Wohlfahrtsstaates ist. Außerdem schafft die Bereitstellung von Geld- und Sachleistungen im Rahmen der Familien-, aber auch Pflegepolitik, Arbeitsplätze durch eine teilweise Übertragung von Leistungen von den privaten Haushalten auf den Markt (mit dem öffentlichen, dem gewinnorientierten und dem nicht-gewinnorientierten Sektor als Anbieter) (EUROFOUND 2013). Bisher im Haushalt erbrachte Arbeit würde zum Teil in den formellen Arbeitsmarkt überführt und damit BIP-relevant werden. Durch zunehmend höhere

⁵ Qualitative Dimensionen sind hier Gruppengröße, Betreuungsschlüssel, Stabilität der Betreuungsform, Dauer der Nutzung, Betreuungsumfang, pädagogische Inhalte etc. (Roßbach 2005)

Bildungsabschlüsse von Frauen führen lange Kinderkarenzzeiten ökonomisch gesehen auch zu einer Fehlallokation von Qualifikationen (Bock-Schappelwein *et al.* 2009).

In Europa ist die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen deutlich gestiegen in den letzten Jahrzehnten, dennoch ist sie bis heute geringer als jene der Männer. Makroökonomisch bedeutet dies eine mangelhafte Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials und somit des Potenzials für Wirtschaftswachstum. Die konkreten Wirkungen sozialpolitischer Strategien werden in hohem Maße durch die Form staatlichen Eingriffs bestimmt – Geld- und Steuerleistungen, Sachleistungen und gesetzliche Karenzregelungen für Kinderbetreuung (und Pflege). Die österreichische Familienpolitik legt besonderes Gewicht auf Geldleistungen, was aus strikt ökonomischer Sicht effizient ist und die Wahlfreiheit theoretisch erhöhen kann (solange es eine Wahlmöglichkeit gibt), gleichzeitig wird aber auf wichtige Lenkungseffekte verzichtet.

Ungebundene, einkommensunabhängige Geldleistungen ermöglichen den Bezieherinnen bzw. Beziehern ein hohes Maß an Wahlfreiheit, tendieren aber dazu, traditionelle Formen der Arbeits- und Rollenverteilung zu verstärken, indem sie sich negativ auf das Arbeitsangebot der Frauen auswirken (Del Boca *et al.* 2007). Demgegenüber wirken Politikmaßnahmen, die auf eine erhöhte Verfügbarkeit, Qualität und finanzieller Erschwinglichkeit formeller Kinderbetreuung abzielen, eindeutig positiv auf die Erwerbstätigkeit von Frauen (Haan und Wrohlich 2011, Del Boca und Pasqua 2005). Empirische Untersuchungen belegen einen signifikanten, positiven Effekt der Verfügbarkeit⁶) und einen negativen Effekt der Kosten formeller Kinderbetreuung⁷) auf die Erwerbstätigkeit von Frauen.

In einer aktuellen umfangreichen Studie zur Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Maßnahmen und Leistungen in Deutschland (Müller *et al.* 2013) zeigen Mikrosimulationsberechnungen, dass die öffentliche Subventionierung der formalen Kinderbetreuung die mit Abstand größte Auswirkung auf die Wahl des Kinderbetreuungsarrangements und auf das Arbeitsangebot von Müttern hat. Ohne eine öffentliche Subventionierung von Kinderkrippen und –gärten würden Mütter ihr Arbeitsangebot erheblich einschränken (müssen). Diese Effekte sind am stärksten für Kinder zwischen 2 und 3 Jahren⁸ und für Familien im untersten Einkommensquartil. Diese Ergebnisse zeigen, dass „von der Subvention der formalen Kinderbetreuung sehr große positive Effekte auf das Arbeitsangebot von Müttern und die Nachfrage nach formaler Kindertagesbetreuung ausgehen“ (Müller *et al.* 2013: 258). Referenzszenarien verdeutlichen, dass sowohl bei einer Ausweitung der verfügbaren Plätze als auch bei Wegfall der Eigenbeiträge starke positive Effekte auf das Arbeitsangebot der Mütter und auf die Nachfrage nach formaler Kinderbetreuung zu erwarten sind.

⁶ Z. B. Del Boca und Sauer (2006) für Italien, Spanien und Frankreich, Del Boca *et al.* (2007) für die EU 15 und Stadelmann-Steffen (2008) für 28 OECD-Länder.

⁷ Z. B. Mahringer und Zulehner (2013) für Österreich, Wrohlich (2011) für Deutschland und Del Boca und Vuri (2007) für Italien.

⁸ Zöge sich z. B. der Staat komplett aus der öffentlichen Subventionierung der Kinderkrippen und –gärten zurück, würde das Arbeitsangebot von Müttern mit Kindern zwischen 2 und 3 Jahren um 10 Prozentpunkte zurückgehen.

Der Schlüssel zu einer verstärkten Arbeitsmarktteilhabe von Frauen liegt demnach weniger in generösen Geldleistungen als vielmehr in der Sicherstellung eines universellen Zugangs zu qualitativer formeller Kinderbetreuung (neben betrieblichen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf) (siehe auch Riesenfelder 2013).

5. Der investive Sozialstaat in Europa

Die EU hat sich der Argumentation für einen investiven Sozialstaat angeschlossen und setzt sich vor allem seit der Etablierung der Lissabon-Strategie und deren Nachfolge „Europa 2020“ für die Forcierung des investiven Sozialstaats ein (European Commission 2013a-f). Die Initiative „Europa 2020“ hat sich zum Ziel gesetzt, Reformen für intelligentes (Bildung, Forschung, Innovation), nachhaltiges (Umwelt, Wettbewerbsfähigkeit) und integratives (Arbeitsplatzschaffung, Armutsreduktion) Wachstum voranzubringen. Dabei wurden fünf Ziele bis zum Jahr 2020 formuliert: 1) Beschäftigungsquote von 75%, 2) Ausgaben von Forschung und Entwicklung von 3% des BIP, 3) Reduktion der Treibhausgase von 20% und andere Umweltziele, 4) Reduktion der Schulabbrecher um 10% und 40% Akademikerquote bei den 30-34 Jährigen und 5) Reduktion der Anzahl der Menschen, die von Armut betroffen sind um mindestens 20 Millionen. Die Strategie Europa 2020 enthält allerdings keine rechtlich bindenden Ziele. Die offene Methode der Koordinierung (OMK) in den Bereichen Sozialschutz und soziale Inklusion gibt der EU zwar Möglichkeiten, außerhalb der durch die EU-Verträge zugebilligten Kompetenzen zur Rechtssetzung politisch aktiv zu werden, hat aber keine unmittelbare Verbindlichkeit („soft law“). Die OMK benutzt die Instrumente des wechselseitigen Lernen, der strategischen Vergleiche, der Leitlinien, der Benchmarks und der Empfehlungen.

Im Februar 2013 wurde von der Europäischen Kommission ein Paket zu Sozialinvestitionen vorgelegt (European Commission 2013a-f), welches Leitlinien zur Verwirklichung der Europa-2020-Ziele vorgibt.⁹ In diesem Sozialinvestitionspaket der Europäischen Kommission wird ein wirksamer Einsatz von Sozialhaushalten, eine Stärkung der Qualifikation der Menschen, soziale Leistungen, die den Lebenszyklus unterstützen, Prävention sowie Investitionen in Kinder und junge Menschen vorgeschlagen. Der jüngste Vorstoß der Europäischen Kommission zur Stärkung der sozialen Agenda (European Commission 2013h) vom Oktober 2013 kann vorerst als inhaltlicher Rückzug gesehen werden, da nur Themen wie verstärkte Überwachung der Beschäftigungssituation, verstärkte Solidarität und eine Stärkung des sozialen Dialogs vorgebracht werden.

Die politische Umsetzung des Sozialinvestitionspakets wird dadurch erschwert, dass die EU nach gültigen EU-Verträgen keine rechtsverbindliche Handlungsmacht im Bereich der sozialen Investitionen hat. Darüber hinaus ist die Vereinbarkeit der politischen Ideen, die hinter der Europa 2020 Strategie und dem Sozialinvestitionspaket auf der einen Seite und dem

⁹ Dieses Paket ergänzt das Beschäftigungspaket, das Weißbuch zu Pensionen und Renten und das Paket zur Jugendbeschäftigung (European Commission 2013a).

Fiskalpakt¹⁰, der am Anfang des Jahres 2013 in Kraft getreten ist, auf der anderen Seite, problematisch. Der Fiskalpakt verpflichtet die EU-Länder zu strukturell ausgeglichenen Haushalten und jene Länder, die einen öffentlichen Schuldenstand von über 60% des BIP aufweisen, diesen möglichst rasch zu reduzieren – nämlich durch Strukturreformen und (geringe) Nachfrageimpulse für Investitionen. Es bleibt fraglich, ob der als Gegengewicht zum Fiskalpakt ausgehandelte Pakt für Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 die wachstumsdämpfenden Effekte des Fiskalpakts ausgleichen kann. Aus der voranstehenden Analyse ist jedoch klar ersichtlich, dass Sozialinvestitionen längerfristige Investitionen sind, die einer von „Panik getriebenen Austeritätspolitik“ (De Grauwe und Ji 2013) entgegenstehen können.

Die Finanzkrise in der EU und ihre Konjunktureffekte hat die Diskussion um den Sozialinvestitionsstaat etwas in den Hintergrund gerückt. Aus diesem Grund mehrten sich jüngst die Stimmen, die die Notwendigkeit von sozialen Investitionen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung hervorheben (Aiginger 2012, Hemerjick 2012, Bonoli und Natali 2012, Vendenbroucke *et al.* 2011). Die demografische Entwicklung, die in den nächsten Jahrzehnten den Erwerbstätigen mehr Nicht-Erwerbstätige gegenüberstellt sowie der technologische und strukturelle Wandel hin zu hoch qualifizierten Arbeitsplätzen machen eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und eine verstärkte Investitionen in (Weiter)Bildung unerlässlich. Können BürgerInnen neue Qualifikationsansprüche erfüllen und werden Familien durch qualitative Kinderbetreuung, die eine frühkindliche Bildung vermitteln, unterstützt, so birgt dies ein großes Potenzial für Beschäftigungs- und Produktivitätswachstum (Hemerjick 2012). Investitionen in Ausbildung sowie ein förderndes Sozialsystem tragen auch langfristig zur Wettbewerbsfähigkeit bei, wenn diese im weiteren Sinne von Einkommen, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Exzellenz verstanden wird. Aiginger *et al.* (im Erscheinen) zeigen im Rahmen des Projektes „WWWforEurope“¹¹ auf, dass eine solche Strategie gerade für die hochentwickelten EU-Länder von herausragender Bedeutung ist, um im globalen Wettbewerb mit Niedriglohnländern bestehen zu können.

Ein soziales Investitionsprogramm hat die stärksten Effekte, wenn nicht national isoliert, sondern auf EU Ebene ausverhandelt. Zum einen werden sowohl die Kosten als auch die Erträge von Bildungsinvestitionen durch eine erhöhte EU-weite Migration internationalisiert und zum anderen werden höhere Sozialstaatsausgaben auch den Konsum von importierten Gütern und Dienstleistungen erhöhen und damit einen Effekt auf andere EU-Staaten haben.

6. Schlussfolgerungen

Soziale Investitionen heute sind wesentliche Bestimmungsfaktoren für die ökonomische Entwicklung und die Höhe der sozialpolitischen Ausgaben von morgen. Werden beispielsweise Kinder von sozialen Randgruppen verstärkt bildungs- und arbeitsmarktpolitisch

¹⁰ Vertrag über die Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS)

¹¹ „WWWforEurope – Welfare, Wealth, Work“ wird vom 7. Rahmenprogramm für EU-Forschung finanziert und durch das WIFO koordiniert (www.foreurope.eu).

gefördert, wird der Sozialstaat in Zukunft geringere Ausgaben im Bereich von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe für diese Personengruppen verzeichnen. Dieser langfristige Effekt von sozialen Investitionen muss vor allem in Zeiten von Budgetkonsolidierungen im Zentrum stehen, da Budgeteinschnitte langfristige Wirkungen haben: zu geringe soziale Investitionen verursachen langfristige volkswirtschaftliche Kosten.

Das Paradigma des Sozialinvestitionsstaates bedeutet aber auch eine Modernisierung oder Anpassung des Sozialstaates an neue Gegebenheiten.¹² Soziale Investitionen können „neuen“ sozialen Risiken begegnen: Sinkende Halbwertszeiten des Wissens, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Betreuung von betagten Familienangehörigen trotz Erwerbstätigkeit, steigende Scheidungsraten und Individualisierung der Haushalte sowie unetliche Erwerbsverläufe lassen sich durch Investitionen in qualitative Kinderbetreuung, schulischer und post-schulischer Bildung, aktiver Arbeitsmarktpolitik (Aktivierung und Mobilisierung) sowie Dienstleistungsangebote zur Altenpflege unterstützen und tragen zum Wirtschaftswachstum bei (Hemerjick 2012, Esping-Andersen *et al.* 2002).

Bildungspolitik nimmt eine Schlüsselrolle bei der Reduktion von sozialer Ungleichheit, erfolgreicher Migrationspolitik und der nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates ein (Aiginger 2012). Effektive Bildungspolitik beginnt allerdings dort, was üblicherweise unter „Kinderbetreuung“ subsumiert wird, also in der frühkindlichen Lebensphase. Bildungsausgaben sind hier am effektivsten eingesetzt. Bildungspolitik steht demnach in enger Verbindung mit Frauen- und Familienpolitik. Der Ansatz einer passiven, kompensatorischen Sozialpolitik ist zu kurz gegriffen und muss durch aktive, präventive Elemente der Bildungspolitik, Frauen- und Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Migrationspolitik erweitert und ergänzt werden. Soziale Investitionen sind allerdings kein Substitut für sozialen Schutz. Vielmehr ist eine grundlegende soziale Absicherung eine notwendige Bedingung für effektive soziale Investitionen (Solga 2012, Allmendinger und Nikolai 2010, Esping-Andersen *et al.* 2002).

Literaturverweise

Aghion, P. und Howitt, P. (1997): *Endogenous Growth Theory*, MIT Press.

Aiginger, K. (2012): *Sozialpolitik bei Budgetengpässen und Fiskalpakt*, WIFO Working Paper Nr. 440, Wien.

Aiginger, K., Bärenthaler-Sieber, S., Vogel, J. (im Erscheinen): *Competitiveness under new perspectives*, WwfEurope Working Paper.

Allmendinger, J. und Nikolai, R. (2010): *Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich*, *Soziale Welt*, 61, 105-119.

¹² Siehe dazu das EU-Projekt „WWfEurope – Welfare Wealth Work“ koordiniert durch das WIFO (www.foreurope.eu).

- Almond, D. und Currie, J. (2011): Human Capital Development before Age Five, in: Ashenfelter, O. und Card, D., *Handbook of Labour Economics*, Vol. 4B, Chapter 15, 1315-1486, Elsevier.
- Bauchmüller, R., Gortz, M., Würtz Rasmussen, A. (2011): Long-Run Benefits from Universal High-Quality Pre-Schooling, *AKF Working Paper*, Kopenhagen.
- Bauer, T. und Riphahn, R. (2010): Kindergartenbesuch und intergenerationale Bildungsmobilität, *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 79 (3), 121-132.
- Becker, B. (2010): Wer profitiert mehr vom Kindergarten? Die Wirkung der Kindergartenbesuchsdauer und Ausstattungsqualität auf die Entwicklung des deutschen Wortschatzes bei deutschen und türkischen Kindern, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62, 139-163.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Mühlberger, U. (2009): Sozialpolitik als Produktivkraft, *WIFO Monatsberichte* 11/2009, 845-857, Wien.
- Bonoli, G. und Natali, D. (2012): *The Politics of the New Welfare State*, Oxford University Press.
- Brilli, Y., Del Boca, D., Pronzato, C. (2011): Exploring the Impacts of Public Childcare on Mothers and Children in Italy: Does Rationing Play a Role?, *IZA Discussion Paper No. 5918*, Bonn.
- Büchner, C. und Spieß, C. K. (2007): Die Dauer vorschulischer Betreuungs- und Bildungserfahrungen: Ergebnisse auf der Basis von Paneldaten, *DIW Discussion Papers* Nr. 687, Berlin.
- Budimir, K., Eppel, R., Famira-Mühlberger, U., Huemer, U., Mayrhuber, C. (2010): Erwerbsinaktivität und soziale Sicherungssysteme: Ein europäischer Vergleich, *WIFO Monatsberichte* 12/2010, 955-967.
- Castles, F.G. (Hg.) (1993): *Families of Nations: Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot.
- Castles, F.G. (2005): Social Expenditures in the 1990s: Data and Determinants, *Policy and Politics*, 33, 411-430.
- Conti, G. und Heckman, J.J. (2012): *The Economics of Child Well-Being*, IZA DP No. 6930.
- Cunha, F. und Heckman, J.J. (2008): Formulating, identifying and estimating the technology of cognitive and noncognitive skill formation, *Journal of Human Resources*, 43 (3), 738-782.
- Crouch, C. (2005): Models of Capitalism, *New Political Economy*, 10 (4), 439-456.
- de la Fuente, A., *Das Humankapital in der wissensbasierten globalen Wirtschaft. Teil II: Bewertung auf der Länderebene*, Abschlussbericht für die EU Kommission Beschäftigung und Soziales, April 2003.
- Del Boca, D. und Pasqua, S. (2005): Labour Supply and fertility in Europe and the U.S., in Boeri, T., Del Boca, D., Pissarides, C. (Hrsg.), *Women at Work: An Economic Perspective*, Oxford, 126-153.
- Del Boca, D., Pasqua, S., Pronzato, C., Wetzels, C., (2007): An empirical analysis of the effects of social policies on fertility, labour market participation and hourly wages of

- European women, in Del Boca, D. und Wetzels, C. (Hrsg.), *Social Policies, Labour Marktes and Motherhood. A Comparative Analysis of European Countries*, Cambridge, 271-303.
- Del Boca, D. und Sauer, R. M. (2006): *Life Cycle Employment and Fertility across Institutional Environments*, *IZA Discussion Paper No. 2285*.
- Del Boca, D. und Vuri, D. (2007): The mismatch between employment and child care in Italy: the impact of rationing, *Journal of Population Economics*, 20, 805-832.
- Dumas, C. und Lefranc, A. (2012): Early schooling and later outcomes. In: Ermisch, J., Jäntti, M. und Smeeding, T. (Hrsg.), *From parents to children. The Intergenerational Transmission of Advantage*. New York: Russell Sage Foundation, 164-189.
- Esping-Andersen, G. (1990): *Three Worlds of Capitalism*, Oxford University Press.
- Esping-Andersen, G. (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford University Press.
- Esping-Andersen, G., Gallie, D., Hemerijck, A., Myles, J. (2002): *Why We Need a New Welfare State*, Oxford University Press.
- EUROFOUND (2013): *Caring for Children and Dependants: Effect on Careers of Young Workers*, Background Paper, Dublin.
- European Commission (2012): *Employment and Social Developments in Europe 2012*, Brüssel.
- European Commission (2013a): *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Towards Social Investment for Growth and Cohesion – including implementing the European Social Fund 2014-2020*, Com (2013) 83 final.
- European Commission (2013b): *Social Investment Package: Evidence on Demographic and Social Trends, Social Policies' Contribution to Inclusion, Employment and the Economy*, Commission Staff Working Document I/II, accompanying Com (2013) 83 final.
- European Commission (2013c): *Social Investment Package: Evidence on Demographic and Social Trends, Social Policies' Contribution to Inclusion, Employment and the Economy*, Commission Staff Working Document II/II, accompanying Com (2013) 83 final.
- European Commission (2013d): *Social Investment Package: Follow-up on the implementation by the Member States of the 2008 European Commission recommendation on active inclusion of people excluded from the labour market – Towards a social investment approach*, Commission Staff Working Document, accompanying Com (2013) 83 final.
- European Commission (2013e): *Social Investment Package: Key facts and figures*, DG Employment, Social Affairs & Inclusion.
- European Commission (2013f): *Investing in children: breaking the cycle of disadvantage*, Commission Recommendation of 20 February 2013, Official Journal of the European Union.
- Europäische Kommission (2013g): *Empfehlungen für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreich 2013 mit einer Stellungnahme des Rates zum*

- Stabilitätsprogramm Österreichs für die Jahre 2012 bis 2017. COM(2013) 370 final, Brüssel, 29.5.2013.
- European Commission (2013h): Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, Strengthening the Social Dimension of the Economic and Monetary Union, COM(2013) 690 provisoire, Brüssel, 2.10.2013.
- Felfe, C. und Lalive, R. (2011): How Does Early Childcare affect Child Development? Learning from the Children of German Unification, mimeo.
- Fritschi, T. und Oesch, T. (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte des Besuchs von Kindertageseinrichtungen, Büro BASS.
- Giddens, A. (1998): *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Polity Press.
- Haan, P. und Wrohlich, K. (2011): Can Child Care Policy Encourage Employment and Fertility? Evidence from a Structural Model, *Labour Economics*, 18 (4), 498-512.
- Hall, P. und Soskice, D. (2001): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford University Press.
- Havnes, T. und Mogstad, M. (2010): Is Universal Child Care Leveling the Playing Field? Evidence from Non-Linear Difference-in-Differences, *IZA Discussion Paper No. 4978*, Bonn.
- Heckman, J.J. und Raut, L.K. (2013): Intergenerational long term effects of preschool – structural estimates from a discrete dynamic programming model. *NBER working Paper 19077*.
- Heckman, J.J., Moon, S.H., Pinto, R., Savelyev, P.A., Yavitz, A.Q. (2010): The rate of return to the HighScope Perry Preschool Program, *Journal of Public Economics*, 94 (1-2), 114-128.
- Heckman, J.J., Pinto, R., Savelyev, P.A. (im Erscheinen): Understanding the mechanisms through which an influential early childhood program boosted adult outcomes, *American Economic Review*.
- Hemerijck, A. (2012): When Changing Welfare States and the Eurocrisis Meet. *Sociologica*, 1/2012.
- Landvoigt, T., Mühler, G., Pfeiffer, F. (2007): Duration and Intensity of Kindergarten Attendance and Secondary School Track Choice, *ZEW Discussion Paper No. 07-051*, Mannheim.
- Mahringer, H., und Zulehner, C. (2013): Child Care Costs and Mothers' Employment Rates. An empirical Analysis for Austria, *WIFO Working Paper Nr. 429*.
- Müller, K.-U., Spieß, K., Tsiastoti, Ch., Wrohlich, K., Bügelmayer, E., Haywood, L., Peter, F., Ringmann, M., Witzke, S. (2013): Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern, *DIW Politikberatung kompakt No. 73*.
- OECD (2007): *Babies and Bosses*, Paris.
- OECD (2012): *Bildung auf einen Blick 2012. OECD-Indikatoren*, Paris.
- Oreopoulos, P. und Salvanes, K. (2011): Priceless: the non-pecuniary benefits of schooling, *Journal of Economic Perspectives*, 25 (1), 159-184.

- Palier, B. (2006): The Re-orientation of European Social Policies toward Social Investment, *IPG* 1/2006, 105-116.
- Riddell, C.W. und Song, X. (2011): Impact of Education on Unemployment Incidence and Re-employment Success: Evidence from the U.S. Labour Market, *IZA Discussion Paper* No. 5572.
- Riesenfelder (2013): Wiedereinstiegsmonitoring: Ein Überblick über die Ergebnisse der Kohorten 2006 bis 2010 in Österreich und in der Bundeshauptstadt Wien. L&R, Wien.
- Romer, P.M. (1990): Endogenous Technological Change, *Journal of Political Economy*, 98:5, S71-S102.
- Roßbach, H.-G. (2005): Effekte qualitativ guter Betreuung, Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter auf Kinder und ihre Familien, in: Sachverständigenkommission Zwölfter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.), *Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter sechs Jahren Band 1*. DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut München.
- Schlotter, M. (2011): Age at Kindergarten Entrance and Non-cognitive Skills before School - An Instrumental Variable Approach, *Ifo Working Paper* No. 112.
- Seyda, S. (2009): Kindergartenbesuch und späterer Bildungserfolg. Eine bildungsökonomische Analyse anhand des Sozio-ökonomischen Panels, *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 12 (2), 233-251.
- Solga, H. (2012): Bildung und materielle Ungleichheit. Der investive Sozialstaat auf dem Prüfstand, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 52, 459-487.
- Stadelmann-Steffen, I. (2008): Women, labour and public policy: female labour market integration in OECD countries. A comparative perspective, *Journal of Social Policy*, 37, 383-408.
- Taylor-Gooby, P. (2008): The new welfare state settlement in Europe, *European Societies*, 10 (1), 3-24.
- Vandenbroucke, F., Hemerijck, A., Palier, B. (2011): The EU needs a Social Investment Pact, *Observatoire social européen*, Opinion Paper, No. 5.
- Vandenbussche, J., Aghion, P., Meghir C. (2006): Growth, distance to frontier and composition of human capital, *Journal of Economic Growth*, 11, 97-127.
- Wrohlich, K. (2011): Labor Supply and Child Care Choices in a Rationed Child Care Market, *DIW Discussion Papers* Nr. 1169.